

GEW Landesverband Brandenburg · PF 60 07 63 · 14407 Potsdam

Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes
Brandenburg
Ministerin Britta Ernst
Heinrich-Mann-Allee 107
14473 Potsdam

Potsdam, den 11.11.2020

Aktuelle Situation im Bildungsbereich

Sehr geehrte Frau Ministerin Ernst,

im Zusammenhang mit der aktuellen Situation in den Schulen und Kitas des Landes Brandenburg möchte ich mich im Namen der GEW Brandenburg an Sie wenden.

Die Situation in den Schulen und Kitas hat sich in den vergangenen Wochen durch die Erhöhung der Dynamik der Pandemie auch im Land Brandenburg dramatisch verändert. Insbesondere für den Schulbereich gilt, dass sowohl die Zahl der Infektionen als auch die Infektionsketten vor Ort und auf Landesebene nicht mehr nachvollzogen werden können. Alle Äußerungen, dass das Infektionsgeschehen in den Bildungseinrichtungen niedrig ist, sind nicht belegbar und basieren auf keiner validen Datenbasis. Die in der Teststrategie des Landes vorgesehene Begleitung der Schulen zur Analyse des Infektionsgeschehens wurde nicht oder nur ansatzweise umgesetzt. Zugleich signalisieren immer mehr Schulen, dass die von ihnen erarbeiteten Hygienekonzepte nur noch sehr eingeschränkt bzw. nicht mehr umgesetzt werden können. Es fehlen Lehrkräfte und zusätzliches pädagogisches Personal, um die notwendigen Maßnahmen vor Ort umsetzen zu können. Auch die empfohlenen Lüftungskonzepte kommen nicht nur jahreszeitbedingt an ihre Grenzen. Immer mehr Kolleginnen und Kollegen wenden sich an uns und äußern ihr Unverständnis über die ausbleibenden Unterstützungsmaßnahmen durch die Landesregierung und das Festhalten der Politik an einem „Weiter so!“. Die Kolleginnen und Kollegen arbeiten mit hohem Engagement und die

Vorsitzender

**GEW
Landesverband Brandenburg**

Postfach 60 07 63
14407 Potsdam
Alleestraße 6a
14469 Potsdam

Zentrale 0331 27184 0
Fax 0331 27184 30
info@gew-brandenburg.de
www.gew-brandenburg.de

BBBank eG
DE 31 6609 0800 0000 7888 72



GEW-Medien GmbH
medien@gew-brandenburg.de

Grenzen der Belastbarkeit sind längst überschritten. Viele Beschäftigten in den Schulen und Kitas des Landes Brandenburg haben den Eindruck, dass Infektionen an ihren Bildungseinrichtungen billigend in Kauf genommen werden.

Wir teilen sicher gemeinsam die Position, dass das Recht auf Bildung ein hohes Gut ist. Aber die Schulen und Kitas dürfen in dieser Phase der Pandemie nicht um jeden Preis und unter Gefährdung der Gesundheit aller Beteiligten im Regelbetrieb gehalten werden. Eine ehrliche Analyse kommt zugleich zu der Einschätzung, dass dieser „Regelbetrieb“ nicht selten vor Ort in der aktuellen Situation kaum noch vollumfänglich umgesetzt werden kann. Wir teilen die Kritik, dass die Reaktion auf das aktuelle Infektionsgeschehen im Bildungsbereich nicht mehr der Situation angemessen ist. Die ungenügende politische Reaktion auf das Infektionsgeschehen impliziert unkalkulierbare Risiken, in deren Folge auch ein erneuter kompletter Lockdown nicht mehr auszuschließen ist.

Die immer wieder als Begründung für die fortgesetzte Politik des Festhaltens am „Weiter so!“ angeführten Verabredungen in der Kultusministerkonferenz zum Umgang mit der Pandemie sind aus unserer Sicht nicht nachvollziehbar. Die Kultusministerkonferenz hat weder rechtzeitig auf die Herausforderungen im Umgang mit der Pandemie reagiert noch wurden durch die KMK die dringend notwendigen personellen und materiellen Unterstützungssysteme beschlossen und dafür Sorge getragen, dass diese den Schulen zeitnah und uneingeschränkt zur Verfügung gestellt werden. Die Hinweise und Empfehlungen der Kultusministerkonferenz werden der aktuellen Situation nicht gerecht und sind vom Verlauf der Pandemie längst überholt. Sie entbehren nicht selten einer gewissen Weltfremdheit und Distanziertheit von den realen Problemen vor Ort. Wenn wir einen wirksamen Schutz aller Beteiligten im Bildungssystem gewährleisten und erneute flächendeckende Schließungen von Schulen und Kitas in Brandenburg verhindern wollen, dann muss jetzt gehandelt und notwendige Korrekturen vorgenommen werden. Aus unserer Sicht ist es dabei unverzichtbar, dass einheitliche Rahmenvorgaben für alle Schulen und Kitas durch das zuständige Bildungsministerium im Einvernehmen mit den anderen Ressorts der Landesregierung erlassen und administriert werden müssen. Eine Verlagerung der Verantwortlichkeiten und Zuständigkeiten für die zentralen Vorgaben auf die nachgeordneten Dienststellen und die Schulen ist nicht geboten, ist nicht zielführend und wird der Situation nicht mehr gerecht. Zu den aus unserer Sicht unabdingbar notwendigen Maßnahmen gehören u. a.:

- **Wiedereinführung und das strikte Einhalten des Abstandsgebotes entsprechend den Empfehlungen des RKI**
- **Übergang zu einem Wechselmodell zwischen Präsenz- und Distanzlernphasen**

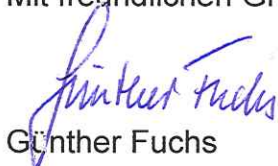
- **Halbierung der Klassen und Lerngruppen sowie die feste Zuordnung von Pädagogin und Pädagogen zu den Lerngruppen**
- **Verlängerung der Testmöglichkeiten für die Beschäftigten in den Schulen, Kitas und in den sozialpädagogischen Diensten**
- **Erhöhung der Vertretungsreserve für die Schulen**
- **Bereitstellung zertifizierter Atemschutzmasken und Gewährleistung der materiellen Absicherung der unverzichtbaren Hygienemaßnahmen**
- **Unterstützung der Schulträger bei der Anmietung großer Räume zur Absicherung des Unterrichts sowie der Organisation und Durchführung zusätzlicher Schülerverkehre.**

*Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft
Brandenburg*

Sehr geehrte Frau Ministerin Ernst,

in der ersten Phase der Pandemie ist es durch gemeinsames Handeln und einen intensiven Dialog gelungen, die negativen Auswirkungen für den Bildungsbereich zu begrenzen. An diesem Grundsatz wollen und werden wir festhalten. Dies setzt voraus, dass notwendige Korrekturen zeitnah vorgenommen und umgesetzt werden. Wir sind der Überzeugung, dass die von uns vorgeschlagenen Maßnahmen einen wirksamen Beitrag zur Eindämmung der Pandemie und zur Absicherung der Qualität der Bildungsangebote leisten werden.

Mit freundlichen Grüßen



Günther Fuchs